



## Arnold: Unsere Schulen sollen von der Basis weiterentwickelt werden

**FDP/DVP-Fraktion hat in den letzten Jahren Ausbau der Ganztagschulen forciert** - Die schulpolitische Sprecherin der FDP/DVP-Landtagsfraktion, Dr. Birgit Arnold, sagte in der Aktuellen Debatte des Landtags mit dem Titel „Wohin treibt die Bildungspolitik im Land?“ unter anderem (es gilt das gesprochene Wort):

Zur Schulstruktur, „Die FDP/DVP-Fraktion steht zu dem gegliederten Schulsystem in Baden-Württemberg. Aber diese Bildungslandschaft – sie ist ja nicht in Beton gegossen. So, wie sich unsere Gesellschaft ständig verändert, muss sich auch die Schule ver-ändern. Wir wollen deshalb eine Weiterentwicklung der Bildungslandschaft in Baden-Württemberg, aber gemeinsam mit der Hauptschule und nicht gegen sie, gemeinsam mit der Realschule und nicht gegen sie, gemeinsam mit unseren Gymnasien und nicht gegen sie. Wir wollen keine radikale Strukturveränderung von oben, sondern wir wollen die Weiterentwicklung unten, von der Basis, von den Bedürfnissen der Eltern und Schüler, der Schulträger und Schulen her. Denn eins hat die jüngste PISA-Studie wieder mit Nachdruck gezeigt – die Qualität von Schule und Unterricht ist nicht primär von der Schulstruktur abhängig. Es gibt gute PISA-Ergebnisse für Länder mit integrativen Schulsystemen, es gibt gute Ergebnisse für solche mit gegliederten Schulsystemen. Uns fehlt bis heute der empirische Nachweis für die Überlegenheit des einen oder anderen Systems. Aber eins hat die Schulforschung überzeugend herausgearbeitet: Zwischen den einzelnen Schulen – egal in welchem System – gibt es große Unterschiede in der Qualität des Unterrichts und bei den Bildungserfolgen. Die erfolgreichen Schulen, auch in unserem Land, haben Freiräume, sie verstehen sich als operativ eigenständige Schulen, sie denken ihre Schule pädagogisch vom jeweiligen Kind aus, sie erstellen individuell gestaltete Lernwege, sie stellen sich dem Wettbewerb mit anderen Schulen. Unser Hauptschulantrag von Dreikönig zielt darauf, auch für die Hauptschulen diese Möglichkeiten noch mehr als bisher zu eröffnen. Zu dieser Offenheit und Vielfalt der Wege gehört aber auch, dass neue Wege ausprobiert werden dürfen: Wir sind deshalb offen für weitere Schulversuche – wenn es vor Ort von den Betroffenen gewünscht wird. In meiner Rede am Dreikönigsparteitag, als ich unseren Antrag zur Zukunft der Hauptschule eingebracht habe, da habe ich Sie, Herr Kultusminister, öffentlich aufgefordert: „Herr Rau, nehmen Sie die Fahne in die Hand, marschieren Sie voraus, lassen Sie weitere Schulversuche zu!“ Ich freue mich, dass Sie meiner, unserer Aufforderung gefolgt sind. Wir begrüßen es, dass die engere Zusammenarbeit zwischen Hauptschulen und Realschulen jetzt in einem Schulversuch erprobt werden soll. Wir sehen in dieser engeren Zusammenarbeit schon lange eine Möglichkeit, die Hauptschulen zu stärken, die Stigmatisierung der Hauptschüler zu vermeiden und möglichst vielen von ihnen einen mittleren Bildungsabschluss zu ermöglichen. Aber wir verstehen auch sehr gut die Befürchtungen von



RS-Eltern und –Lehrern. Sie haben Angst, dass diese engere Zusammenarbeit die RS schädigen könnte. Wir sagen auch an dieser Stelle – wir wollen niemandem etwas aufzwingen. Eine engere Zusammenarbeit zwischen HS und RS setzt voraus, dass alle Beteiligten damit einverstanden sind. Aber wir sind überzeugt, dass sich langfristig diese Zusammenarbeit auszahlen wird. Denn die neuen Möglichkeiten der Kooperation wären auch eine Chance für schwächere Realschüler. Die neuen Möglichkeiten, die sich hier eröffnen, wären auch für die Kommunen interessant. Ein differenziertes breit gefächertes Bildungsangebot ist heute ein wichtiger Standortfaktor. Durch die engere Zusammenarbeit zwischen RS und HS könnten diese Angebote auch bei sinkenden Schülerzahlen aufrecht erhalten und verbessert werden. Auch die Realschulen werden in absehbarer Zeit deutlich weniger Schüler haben als heute. Deshalb macht es Sinn, diese engere Zusammenarbeit auszuprobieren und sie – auch das ist in unseren Augen sehr wichtig – auch wissenschaftlich begleiten zu lassen. Aber noch einmal – wir setzen uns weiter dafür ein: Die Schulträger und die Schulen, sie sollen auch in Zukunft zusammen mit Eltern, Lehrern und Schülern selbst entscheiden, welches schulische Angebot ihre Bedürfnisse vor Ort gerecht wird. Zu G 8 Die Erfahrungen mit G 8, die an uns herangetragen werden, sind widersprüchlich. Viele Gymnasien kommen mit der neuen Situation zurecht, anderswo häufen sich die Klagen von Schülern und Eltern. Ich rate deshalb zu Besonnenheit und Augenmaß. Jede Reform braucht ihre Zeit und diese Zeit sollten wir uns nehmen. Und wir sollten uns auf die Situation in unserem Lande konzentrieren. Wir sollten unsere neuen Bildungspläne, über die im Moment soviel geschimpft wird, auch einmal etwas näher anschauen. Diese Bildungspläne wurden nämlich über Jahre hin erarbeitet, und zwar gemeinsam von Elternverbänden, Schüler- und Lehrerverbänden, von Hochschulen, Wissenschaftlern und auch der Wirtschaft. Diese Bildungspläne gehören zu den modernsten, die wir in Europa haben. Sie geben nämlich den Schulen ein Stück Autonomie und Freiheit in der Unterrichtsgestaltung und der Unterrichtsorganisation durch die Kontingenzstundentafel, durch die Aufteilung in Kern- und Schulcurriculum, sie geben den Schulen die Chance, Profile zu entwickeln und Schüler individuell zu fördern. Das haben wir auch von Seiten der FDP so gewollt und gefordert und dazu stehen wir auch. Es gibt Probleme – ganz klar. Wir nehmen die Klagen von Schülern und Eltern ernst. Aber mit der Kürzung von ein paar Schulstunden sind sie nicht behoben. Die Schulen, die Schulleitungen und die Lehrer brauchen mehr Unterstützung, damit sie die Chancen und Möglichkeiten der neuen Bildungspläne wirklich umsetzen können, ohne dass die Schüler zu sehr belastet werden. Und diese Unterstützung und Hilfe muss offensichtlich noch viel mehr vom Kultusministerium und der Schulverwaltung geleistet werden. Was die Ganztagesbetreuung angeht, möchte ich nur an eins erinnern. Als die SPD in diesem Land mitregiert hat von 1992 -1996, da gab es rd. 70 Ganztagschulen in Baden-Württemberg. Und als die SPD wieder abgewählt wurde, da gab es in diesem Land wie viel Ganztagschulen? Immer noch rd. 70. Das heißt – Sie von der SPD haben die Ganztagesbetreuung nicht voran gebracht. Es war die FDP – wir haben den Ausbau der Ganztagschulen in der Regierungskoalition in den letzten Jahren vorangetrieben. Aber ich sage hier auch ganz deutlich – wir wollen keine verpflichtende Regelung von

# Mediendienst

Stuttgart, 27. Februar 2008

# Freie Demokraten



Landtagsfraktion  
Baden-Württemberg **FDP**

oben. Die Schulen, die Schulträger und die Eltern, sie sollen auch weiterhin frei entscheiden, ob ihre Schule im Ganztagesbetrieb läuft oder auch nicht.“